

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei Nachnahme Postbezugs monatlich 4.25 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Beleg 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inhalts-Verzeichnis: Die achtzehnte Nonpareil-Beilage oder deren Raum 120 M., Wochenausgabe das selbstdruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Kreuzungszug 10 Pf., Bei Familien- u. Veranlassungsangelegenheiten ist der Zuschlag 10 Pf. Inverale für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9748

# STREIFER

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die Pariser Gewerkschaften für den Generalstreik.

Paris, 10. November (Gavas).

Der Hauptausschuss des Gewerkschaftsbundes des Seine-Departements hat mit 61 gegen 41 Stimmen die Annahme eines Antrages zugunsten eines politischen Generalstreiks zwecks Protestes gegen jede Intervention Frankreichs in Rußland zugestimmt.

#### Die Schweizer Sozialdemokratie zur Frage der Internationale.

Zürich, 10. November.

Der Zentralvorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ermächtigt die Geschäftsleitung, mit den sozialistischen Organisationen des Auslandes zur Schaffung einer internationalen, den praktischen Bedürfnissen entsprechenden Verbindungszählung zu nehmen.

#### Von den bolschewistischen Fronten.

Schwierige Lage Judenitshs. — Kollschals Mißerfolge.

H.N. London, 11. November.

Der „Times“-Korrespondent berichtet aus dem Hauptquartier der russischen Nordwestfront, man habe vorläufig davon abgesehen, Omsk zu räumen. Es bestehe die Absicht, die Stadt bis aufs äußerste zu verteidigen.

„Exchange Telegraph“ meldet, daß die Lage Judenitshs mit jedem Tage schwieriger werde. Er sei nicht mehr in der Lage, sich genügend zu decken und versuche immer noch, sich unter möglichen geringen Verlusten zurückzuziehen. Längs der Eisenbahnen von Jamburg nach Gatschina und von Karwa nach Nowo sind, der Meldung zufolge, noch immer heftige Kämpfe im Gange. In der ergriffenen Linie haben Judenitshs Truppen bereits die Nacht ergriffen.

Nach einem Telegramm des „Sunday Evening Sun“ haben zwischen den Truppen von Vermondit erneut heftige Kämpfe stattgefunden. Der Rückzug der deutschen Truppen aus den Vorstädten Rigos wird sehr beobachtet. Die Meldung erlähnt weiter, die Deutschen wollten die Bevölkerung terrorisieren und die letzten Kriegsgefangenen töten.

Der „Times“-Korrespondent in Kollschals Hauptquartier meldet: Die Ereignisse der letzten Wochen haben die Lage vollständig verändert. Die linke Flanke der dritten Armee ist vollständig geschlagen und dadurch ist die Festung Petropawlowsk preisgegeben. Die Linke längs der Sibi ist dadurch außerordentlich bedroht. Der Stab verzweifelt dem Korrespondenten jedoch, daß die Front in ihrer Gesamtheit nicht bedroht sei. Die Bolschewisten verfügten wohl über 650 000 Mann freiwilliger Truppen. Sie operierten aber sehr viel Menschenmaterial, das sie nach deutscher Methode in geschlossener Linie vorrücken ließen. Die dauernden Mißerfolge und die Schlappeheit von Kollschals Regierungstruppen tragen, so schreibt der Korrespondent weiter, natürlich auch dazu bei, die Besten bei der sibirischen Bevölkerung zu schwächen. Es droht eine Krise, die katastrophale Folgen haben kann.

T. U. Amsterdam, 11. November.

Ein drastischer Bericht der Bolschewisten teilt mit, daß diese Tschernilow dem General Denikin entziffen haben.

#### England und Rußland.

Aufgabe im Unterhaus wegen Lloyd Georges Rede.

H. N. London, 11. November.

Im Unterhause interpellierte Dottomley, ob Lloyd George Rede, bezüglich Rußlands, vom 8. November, als ein Beweis seiner Bereitschaft, mit Lenin und Trotsky zu unterhandeln, gemeint war. Bonar Law antwortete, daß die Rede des Premierministers beweise, daß keine Pläne seien, Schritte, wie Dottomley sie erwähnte, zu unternehmen und daß es gleichfalls nicht beabsichtigt sei, solche Schritte anzunehmen, ohne daß das Parlament vorher die Gelegenheit habe, darüber zu verhandeln. — Lloyd Georges Rede begründete lediglich seine Forderung Rußland zu geben, daß in regard einer Reihe von Frieden mit Rußland erzielt werden könne.

#### Poincaré reist nach London.

H. N. Paris, 11. November.

Poincaré ist, wie es heißt, im Zusammenhang mit der Reise George-Rede abgereist. In seiner Begleitung befinden sich Louis und der Chef des Militärkabinetts General Penelon, sowie der Direktor der Nordseebahn. Clemenceau begleitete ihn Person nach dem Bahnhof. Mit Rücksicht auf die Postzeit

Wichens nicht man der Rede eine große politische Bedeutung bei. Es heißt, daß Wichens beauftragt ist, folgende drei Punkte in London zu besprechen: 1. Die Durchführung des Friedensvertrages; 2. den gemeinsamen Standpunkt Frankreichs und Großbritanniens mit Bezug auf die Vereinigten Staaten und 3. ein Abkommen zwischen Frankreich und England über die bolschewistische Frage, das sich nach der letzten Rede Lloyd Georges als notwendig erwiesen haben soll.

#### Die Verurteilung Sadouls und seine Kandidatur.

H. N. Paris, 11. November.

Der Prozeß gegen Sadoul, der bekanntlich mit seiner Verurteilung zum Tode endete, hat das Pariser Publikum nicht sonderlich erregt und interessiert, da es sich ja schließlich nur um eine Verurteilung ohne Verteidigung handelte, und man vor allem auch mit seiner Verurteilung gerechnet hat. Die einzige Aufregung, die der Fall Sadoul hervorruft, ist die Furcht, daß er nicht rechtzeitig eintreffen dürfte, um Verurteilung einzulegen und um kandidieren zu können. Denn, wenn er wirklich nicht zur Zeit da ist, fällt nicht nur seine Kandidatur fort, sondern die ganze Liste, auf der sein Name steht, wird ungültig und muß von der Partei als verloren angesehen werden. Longuet erklärte jedoch, daß er nach wie vor die Kandidatur für Sadoul aufrechterhalte, denn als Sadoul von seiner Kandidatur zurücktritt, habe er doch nichts gewonnen, daß er sie annehme und nach Frankreich zurückkehre. Man glaubt nun, daß er pöblich und über Nacht in Paris eintreffen wird.

#### Parlamentarischer Untersuchungsausschuß.

Capelles Rechtfertigung.

Vorsitzender Adm. Warmuth eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr und gibt Kenntnis von einem Telegramm des Professors Harms, Kiel. Darin wird Bezug genommen auf eine Äußerung des Admirals Koch, wonach Harms vor dem Beginn des russisch-deutschen U-Bootskrieges über die wirtschaftliche Seite dieser Frage gebietet worden sei. Harms erklärt das für unrichtig und erwidert sich zur Klärung vor dem Ausschuß. Der Vorsitzende stellt fest, daß die Rektordirekte, in der Harms zur U-Bootsfrage Stellung genommen habe, erst im März 1917 gehalten worden sei. Der Ausschuß verzichtet daher auf die Vernehmung des Professors Harms.

Darauf wird die Verhandlung über die technische Seite des U-Bootskrieges fortgesetzt.

Staatssekretär a. D. v. Capelle: Herr Dr. Straube hat mir zwei scharfe Vorwürfe gemacht: erstens, daß ich während meiner Amtszeit nicht genügend U-Boote gebaut hätte, und zweitens, daß ich durch meine Ausführungen im Hauptausschuß den Reichstag getäuscht hätte. Ich möchte zunächst die Zeit der in Bau gegebenen U-Boote melden. Ich habe mir von der Admiralität die neueste Zusammenstellung über die während des Krieges und unmittelbar vor dem Krieg in Bau gegebenen U-Boote geben lassen. Diese Kontrolle der Admiralität, die vom Mai 1918 datiert, weist noch, daß vor dem Krieg und während des Krieges im ganzen 810 U-Boote in Auftrag gegeben sind. Von diesen 810 U-Booten fallen in die Zeit vor dem Krieg 45. Vom Großadmiral v. Tirpitz sind 186 U-Boote in Auftrag gegeben und von mir während meiner Kandidatur von etwa 2 1/2 Jahren 579. Staatssekretär v. Capelle erläuterte dann eingehend die Verteilung der im Bau gegebenen U-Boote auf seine Amtszeit. Im Februar 1915 war bekanntlich der U-Bootskrieg zum erstenmal erklärt worden. Dann war er im Laufe des Jahres unter der Einwirkung des amerikanischen Kolonialkrieges praktisch verfallen. Im Herbst 1915 erließ der Admiralität einen Geheimbefehl, daß der U-Bootskrieg an der Westküste Englands zunächst ganz eingestellt werden sollte. In der Nordsee sollte der U-Bootskrieg nach Pflanzung weiterer Fortschritte geführt werden. Anfang 16 erfolgte ein sehr heftiger Vorstoß der damaligen Obersten Seeleitung (Hallenshan) und der rüstungslosen U-Bootskrieg durchzuführen. Die Verhandlungen darüber kamen in einem gemeinschaftlichen Vortrage der Kriegsbefehle und der politischen Leitung am 4. März 1916 beim Kaiser zur Entscheidung. Die Entscheidung fiel im wesentlichen dahin aus, daß der rüstungslose U-Bootskrieg vertagt werden sollte. Im Anschluß daran nahm Tirpitz seinen Abschied. Am 15. März erfolgte meine Ernennung zum Staatssekretär. Die Vertagung des U-Bootskrieges und der Abschied Tirpitz hat im deutschen Volke eine große Erregung hervorgerufen. Diese Erregung fand ihren Niederschlag in Resolutionen, die von sämtlichen politischen Parteien der Reichstags überwiesen. Ende März fanden langwierige Verhandlungen im Reichstags statt. In denen die ganze Frage sehr eingehend geklärt wurde. Das Resultat dieser Verhandlungen war ein einheitlicher Plenarbeschluß, der die Reichstags von Verdrand bis Scheidemann, daß bei dem U-Bootskrieg die berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu beachten wären. Dieser einheitliche Beschluß des Reichstages bedeutete eine einheitliche Ablehnung des rüstungslosen U-Bootskrieges.

(Die Sitzung dauert fort.)

#### Gewerkschaftlicher und politischer Streik.

Jede größere gewerkschaftliche Streikbewegung ruft neuerdings in Unternehmerkreisen eine sichtlich Nervosität hervor, und zwar nicht nur bei den Unternehmern, die unmittelbar durch den Streik getroffen werden. Diese Erregung kommt fast immer zum Ausdruck durch ein marktschreierisches Geschrei der gesamten Bourgeoisie über angebliche politische Ziele der Bewegung. Der Grund dafür liegt, wie wir schon mehrfach betonten, darin, daß das Unternehmertum bemüht ist, bei jeder großen und mit energischen Mitteln geführten gewerkschaftlichen Bewegung die Staatsgewalt gegen die Streikenden herauszufordern. Die Unternehmer warren schon lange auf den Augenblick, der es gestattet, der Arbeiterschaft die entscheidende Niederlage im wirtschaftlichen Kampfe beizubringen, die das Proletariat entmutigt und den Streiks ein für allemal ein Ende macht. So glauben sie. Je öfter die Bourgeoisie diese Gelegenheit verfehlt, um so lebhafter wird ihr Geschrei bei jeder neuen Bewegung des Proletariats, die den Unternehmern als der entscheidende Augenblick erscheint.

Aber dieser an der Oberfläche der Dinge haftende Grund für die zu beobachtende Nervosität der Kapitalistenklasse ist nicht der einzige. Es gibt andere Gründe, die tiefer liegen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß gewerkschaftliche Kämpfe größeren Umfangs heute ein anderes Gesicht zeigen und andere Wirkungen auslösen, als früher. Das ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß die Revolution die Bahn frei gemacht hat — soweit diese Erlasse sie nicht wieder versperrt — auch für den Streik wichtiger Arbeitergruppen, die sich dieses Kampfmittels früher aus verschiedenen Gründen nicht bedienten. Wir denken hier vornehmlich an Arbeitergruppen des Transportgewerbes, deren Bewegungen den Kämpfen nach der Revolution ein besonderes Gepräge gegeben haben. Aber auch die Streiks in anderen Produktionszweigen, die früher auf die breitere Öffentlichkeit kaum einen Eindruck machten, werden heute auch von der bürgerlichen Presse groß und breit behandelt und erregen dadurch das stärkste Interesse aller Bevölkerungskreise.

Die Ursachen für die Veränderung der Physiognomie der gewerkschaftlichen Streiks sind verschiedener Art.

Die zahlenmäßig stark angewachsenen Gewerkschaften werfen bei jeder wichtigen Bewegung große Massen in den Kampf, größer als einst, so daß fast immer die Möglichkeit besteht, die Betriebe vollkommen still zu legen.

Sodann ist unter den Einflüssen der Revolution eine Veränderung in den Zielen der gewerkschaftlichen Bewegungen eingetreten. Die Forderungen gehen jetzt weit häufiger über den engeren Rahmen der Lohnforderungen hinaus und richten sich auf ideale Ziele, die allerdings, obwohl sie in das Gewand einer Idee gekleidet sind, recht reifen und bedeutsamen materiellen Inhalt haben. In den Kämpfen um das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Fabrikantenschüsse, um einen verstärkten Schutz der Vertrauensleute gegen Maßregelungen, kurz in den auf die Betriebsdemokratie gerichteten Forderungen findet dieser neue geistige Gehalt des gewerkschaftlichen Kampfes seinen sinnlichen Ausdruck. Diese neuerlichen Forderungen heben den Gewerkschaftskampf hoch über das ursprüngliche Niveau, das zunächst durch den reinen Lohnkampf gegeben war, ohne daß indes die gewerkschaftlichen Kämpfe damit aufhören reine Wirtschaftskämpfe zu sein, denn der enge Zusammenhang der neuen Ziele mit den engeren Fragen der Arbeitsbedingungen ist unverkennbar.

Der Widerstand der Unternehmer gegen die Anerkennung dieser Forderungen ist weit heftiger, als ihr Strauben gegen eine Lohnaufbesserung. Die Unternehmer fühlen, daß durch die Anerkennung dieser Forderungen ihre Machtstellung im Einzelbetrieb und damit im gesamten Produktionsprozeß auf das empfindlichste berührt wird, und sie ahnen wohl, daß hier der Keim zu weiteren Erschütterungen ihrer Position liegt, weil die Arbeiterschaft, einmal an die Gewöhnung der neuen Rechte gewöhnt, vor den nächsten Forderungen hinaus nicht zurückzureden wird. Es zeigt sich hier, daß der „Herr-im-Haus-Standpunkt“ keineswegs überwunden ist, wie man uns glauben machen will, weil das Unternehmertum bereitwillig mit einigen Gewerkschaftsbeamten an einem Tische sitzt, um Tarife abzuschließen.

Vor allem aber ist der durch den Krieg und die Revolution anwachsende Stöcker des Kapitalismus wohl e...

...wider gegen unvollständige Arbeiterstellungen, als die soziale Gefahr des Kapitalismus der Vorkriegszeit. Und diese Empfindlichkeit der Kapitalistenklasse ist augenblicklich ins Maßlose gesteigert, weil sie gerade jetzt die Zeit für gekommen hält, um die Machtstellung, die die kapitalistische Bourgeoisie im Staate erlangt hat, auszunutzen für endgültige Wiederherstellung der wirtschaftlichen Machtstellung der Bourgeoisie.

Diese Situation, aus der das Proletariat nur den Ausweg sieht, daß es dem Widerstand der Unternehmer eine gleich energische Abwehr entgegenzusetzen hat, hat zur Folge, daß umfassende Gewerkschaftskämpfe allerdingens Wirkungen hervorbringen, die den Gewerkschaftskämpfen früherer Zeit fremd waren, die das politische Interesse der Kapitalistenklasse, das mit dem politischen Interesse der Bourgeoisie eng verbunden ist, nahe herführen.

Das berechtigt aber nicht zu der Behauptung, daß jeder große gewerkschaftliche Streik ein politischer Streik sei, sondern nicht nur dazu, die Grenze zwischen gewerkschaftlichen und politischen Streikbewegungen heute anders zu suchen, als wo die Bourgeoisie sie sieht. Eine Klärung dieser Frage, aus ruhiger Einsicht und klarer Erkenntnis geschöpft, ist brennend nötig. Das Merkmal des politischen Streiks ist weder in der Größe einer Bewegung, noch in den nervösen Vorstellungen, die die Bourgeoisie mit den Zielen der Streiks verbindet oder doch zu verbinden vorgibt, noch darin zu erblicken, daß die bestreikten Betriebe zufällig als lebenswichtige Betriebe gelten.

Die obersten Gewerkschaftsinstanzen haben hier eine Aufgabe zu erfüllen, die sie nicht länger aufschieben dürfen. Es trägt nicht zu der notwendigen Klärung der Frage bei, sondern ist nur ein Zeichen erheblicher Unklarheit oder gar eine unumwundene Absage an das Klasseninteresse des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie, wenn das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ in seinem Artikel über die „Technische Nothilfe“ schreibt, dieses Instrument der kapitalistischen Restauration könne getrost gegen politische Streiks angewandt werden, ohne daß das Interesse der Gewerkschaften davon berührt werde, denn der politische Streik ange die Gewerkschaften nichts an. Auf solche Art erzeugt man nur gesteigerte Erbitterung der Arbeiter, die die offene Benachteiligung ihrer Interessen fühlen, wodurch der Konfliktstoff eher gebäut als abgetragen wird.

Will man nicht gefährlichen gegenrevolutionären Geminnungen des gewerkschaftlichen Kampfes ernsthaften Vorbehalt leisten, so muß daran festgehalten werden, daß eine Streikbewegung nur dann politischen Charakter trägt, wenn sie unmittelbare politische Forderungen erhebt, wenn sie den Zweck verfolgt, ein politisches System zu erschüttern oder eine Regierung durch eine andere zu ersetzen.

Dem wird nun entgegengehalten, daß man eine Bewegung unter gewerkschaftlicher Maske beginnen kann, um sie dann unmerklich zum politischen Streik zu steigern. Wir halten eine solche Taktik nicht für wahrscheinlich und für verfehlt. Sie würde unsere Billigung nicht finden, denn wir lehnen es ab, das Proletariat unter solchen Vorbedingungen in einen Kampf zu locken. Er würde kein Ziel nicht erreichen, denn eines Tages müßte sein wesentlicher, ursprünglich verbüllter Zweck offenbar werden, und es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Massen sich vom betrogen fühlen und der Führung die Gotokschafft verweigern. Wie wir die Politik des betrügerischen Bluffens ablehnen, wenn sie aus Gründen opportunistischen Schändergerinnung dem Gegner gegenüber Anwendung findet, so erst recht dann, wenn sie aus kleinbürgerlichen revolutionären Motiven die eigene Klasse zu täuschen sucht — allerdings, um den Gegner irrezuführen, was indes ihre verfehlte Wirkung auf das Proletariat nicht aufhebt.

Dagegen besteht die Möglichkeit, daß sich ein großer Wirtschaftskampf durch den Willen der Massen selbst während keines Verlaufs zum politischen Streik entwickelt. Diese Möglichkeit ist jedoch dann am stärksten, wenn die Staatsgewalt gegen die kämpfenden auftritt und dadurch ihre Aufmerksamkeit und ihren Bohn auf sich lenkt.

Sehen die Streikenden, daß sie es in ihrem Kampfe nicht allein mit der Kapitalistenklasse als Monotonischen und sozialen Faktor zu tun haben, sondern daß die politische Gewalt offen auf die Seite der bedrohten Unternehmer tritt, so können sie allerdings auf den Gedanken kommen, daß sie dieses Hindernis aus dem Wege räumen müssen, um ihren wirtschaftlichen Existenzkampf ungehindert führen zu können. Darum sind die gegen das Proletariat gerichteten sozialpolitischen Absichten der gegenwärtigen Bourgeoisierung und die von ihr besonders beliebte Gewaltanwendung gegen streikende Arbeiter ein sinnloses Spiel mit dem Feuer. Wie denn überhaupt die Revolutionen meist von den herrschenden Ständen und Klassen „gemacht“ werden, seltener durch die unterdrückten.

Für die Arbeiterschaft ergeben sich aus dieser veränderten Situation faktische Gesetze, auf die wir in einem späteren Artikel zu sprechen kommen werden.

## Das Verbot der „Vossischen Zeitung“.

In der Presse herrscht ungefähr Uebereinstimmung darüber, daß das Verbot der „Vossischen Zeitung“ eine Dummdreierlei ist. Das „Berliner Tageblatt“ bedauert, daß man zur Maßregel des Verbots gegriffen habe, und spricht dann einiges von Demokratie, freiem Meinungsaustrausch und Ähnlichem. Die „Morgenpost“, das Schwesterblatt der „Vossischen Zeitung“, behauptet, daß es schon bei den Verböten der „Deutschen Zeitung“ und der „Freiheit“ seine Ablehnung gegenüber allen Zeitungsverboten Ausdruck gegeben habe. Die „Deutsche Zeitung“ sagt, es sei wirklich kein Grund zu finden, der die Mahnahme der Regierung rein subjektiv irgendwie rechtfertigen könne. Das Zeitungsverbot sei wieder einmal ein Beweis der „streikbeidlichen“ Auffassung der Herren Regierenden. Georg Bernhardt veröffentlicht folgende Erklärung:

Die Wiedergabe meines Artikels in der Veröffentlichung, welche die Reichsregierung durch das Vossische Telegrammbureau verbreiten läßt, entstellt und verkehrt dessen Sinn vollkommen. Meine Ausführungen, die der Öffentlichkeit die von der Reichsregierung seit dem Abschluß des Waffenstillstandes dauernd betriebene falsche Politik zum Bewußtsein bringen sollten, stützen sich auf Tatsachen, die in der „Vossischen Zeitung“ seit langem vorgebracht und wiederholt besprochen worden sind.

Die Reichsregierung macht nicht den leisesten Versuch, meine Behauptungen zu widerlegen. Sie wählt den freilich bequemeren Weg, Ansichten und sachliche Darlegungen durch den Gewaltakt des Zeitungsverbotes und durch Beschimpfungen zu bekämpfen. Das ist im „freiesten Staat der Welt“ des Landes jetzt so der Brauch.

Zu dem Artikel Bernhards selbst ist soviel zu sagen, daß er getreu seinen kontinentalpolitischen Anschauungen England als den Erbfeind Deutschlands abmakt und die Ansicht ausspricht, Deutschland müsse mit Frankreich in ein gutes Verhältnis kommen. Der deutschen Regierung wird zum Vorwurf gemacht, daß sie durch ihre Unfähigkeit die Wiedervereinigung an Frankreich verbinde, und daß Frankreich nur deshalb keine Versprechungen zur Rückendung der deutschen Kriegsangelegenheiten nicht erfüllt habe, weil die von der deutschen Regierung der Entente gegebenen Versprechungen nicht innegehalten worden seien. Das deutsche Volk sei durch die Irreführung der Regierung und eines großen Teils der deutschen Presse über die deutschen Unterlassungsünden gar nicht unterrichtet, es sehe nur, daß Frankreich sein Versprechen nicht halte, und wisse nicht, daß England die Gesonangen wesentlich nur deshalb zurückgeschickt habe, weil es sie nicht verwenden und nicht erwähnen konnte.

Auch wer nicht die Bernhardsche Kontinentalpolitik billigt, wird zugeben müssen, daß der Artikel, wie es bei dem Charakter der „Vossischen Zeitung“ gar nicht anders sein kann, durchaus richtig gehalten ist, und daß er erst durch das Verbot des Blattes eine Bedeutung erlangt hat, die er gar nicht verdient. Die Regierung dürfte auch mit ihrem Gewaltakt keinen sonderlichen Erfolg haben, denn die Streife, die der Regierung Vornwürfe in der Belangenfrage machen, werden jetzt behaupten, daß sie allen Anlaß habe, die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken.

Wie dem aber auch sei, es ist eine Schande, daß dem Deckmantel der Demokratie die brutale Gewalt verleiht und jedes Wort zu unterdrücken sucht, das gegen die augenblicklichen Machthaber gerichtet ist.

## Der Leidensweg des Betriebsrätegesetzes.

Nachdem die Anwälte der sozialen Reaktion im Ausschuss für Beratung des Betriebsrätegesetzes eine Reihe wichtiger Erfolge erzielt haben, gehen sie aus Gang. Es ist ihnen gelungen, die Beratungen über die Fragen der Aufnahme von Betriebsratsmitgliedern in die Ausschüsse und der Vorlegung der Bilanz durch ihren Widerstand ganz zum Stillstand zu bringen. Schon vor einigen Tagen wurde bekannt, daß neben den Ausschussberatungen Verhandlungen im Reichskabinett stattfinden, um die Beratungen über die tote Stelle hinwegzubringen. Herr Gothein benutzte diese Situation, um im „Berliner Tageblatt“ sein „Unannehmbar“ anzukündigen.

Auch der „Vorwärts“ hält es für nötig, den ins Stadium gekommenen Ausschusshandel wieder in Gang zu bringen. In einem Leitartikel in der Morgenausgabe vom Dienstag knüpft er an Gotheins Artikel an, um mit der Miene des Erstaunens zu erklären, die Demokraten müßten zwar bereit, die Arbeiterschaft als gleichberechtigten Partner im Arbeitsverhältnis anzuerkennen, wollen aber im übrigen alles beim alten lassen. Das heißt, Abschrei der Disposition über den Ausbau und die Führung der Unternehmungen soll auch fernerhin die unbeschränkte Domäne derjenigen bleiben, die zufällig im Besitz der Produktionsmittel sind.

Wir sind damit einverstanden, wenn das heißen soll, daß es die Aufgabe des Betriebsrätegesetzes ist, die Unternehmer aus ihrer unbeschränkten Machtstellung im Produktionsprozess zu verdrängen; nur wäre dann zu fragen, daß das bisherige Kurzsichweihen der Rechtssozialisten im Hinblick dieser Wirkung des Gesetzes den stärksten Abbruch getan hat.

Aber der „Vorwärts“ läßt sogar deutlich erkennen, daß er zu weiterem Kurzsichweihen bereit wäre. Sobald der Widerstand der Unternehmer und ihrer Anwälte in den bürgerlichen Parteien nicht grundsätzlicher Natur wäre, sondern sich nur gegen die Form der Ausführung richtete, sei doch eine Möglichkeit der Verständigung gegeben. Das heißt, die Rechtssozialisten sind bereit, mit sich abzufassen zu lassen. Wogegen zu sagen wäre, daß nur durch bestimmte schärf umrissene Formen der Ausführung die beschriebene Wirkung zu erzielen ist, eine Änderung der Formen von den Demokraten nur gewünscht wird, um diese Wirkung von vollends aufzuheben, und daß die vom Reichskabinett vorgeschlagenen Formen genügen bei weitem nicht, um die neten Wirkungen hervorzuwirken, um die Verdrängung des Unternehmertums aus seiner Rechtsposition im Produktionsprozess anzubahnen. Um so schlimmer ist das kurzsichtige Kurzsichweihen der Rechtssozialisten vor den „streikbeidlichen“ Anführern der Kapitalistenklasse, das in dem grundlosen Abhandel um die angeblich nebensächlichen Formen zum Ausdruck kommt.

Um seine Kompromittierbarkeit zu verdeutlichen, rafft sich der „Vorwärts“ am Schluß des Artikels zu folgenden Worten auf:

„Das Gesetz über die Betriebsräte ist ein Präludium. An der Gestaltung dieses Gesetzes wird die Arbeiterschaft erkennen, wie stark im neuen Deutschland die soziale Gerechtigkeit und die demokratische Republik eine soziale Revolution machen und in stetiger Weiterentwicklung dem wirtschaftlichen Sozialismus den Weg bereiten wollen. Das ist sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung diese Bedeutung des Gesetzes kennt und seinem Kompromiß, das eine Wänderung der Arbeiterrechte bedeutet, ihre Zustimmung geben wird, ist und genügt.“

Wir warten ab.

## Häßliches Marielchen ... Schönes Marielchen ...

Von Dehler Rosatolanyi.

Vor einigen Monaten habe ich ein Kinderhospital besucht. Auf dem einen Bettchen, neben der Wand, lag ein armer, wimmernder kleiner Körper, nicht größer als ein Hängchen. Ich hielt das Geschöpfchen für zwei Jahre alt, doch erfuhr ich, daß es bereits sechs vorbei sei. Es hieß Marielchen, und es wurde mir erzählt, daß es schon seit etwa zehn Monaten im Spital liege; die Tochter eines Arbeiters, die voriges Jahr lange erkrankt und sich die Speiseröhre verbrannt hat, so daß die Kerne auch jetzt noch nur durch ein kleines Silberrohr ernährt werden könne. Schon seit einem Jahr hat das Kind den Geschmack der Speise und die Freude der Nabe nicht genossen. Ich schaute ihm ins Gesicht. Es mußte wie das eines vergagten alten Weibes an: die Haut grau und geknüllt, die Augen unklar und grün. Das Mädchen blickte mich mahnend, gleichgültig an. Marielchen, soll ich dir Spielzeug bringen? Es antwortete nicht. Marielchen, soll ich dir Kuchen bringen? Es wandte den Kopf ab. Marielchen, Täubchen, was wünschst du dir? Es schloß die Augen und lehrte das Gesichtchen zur Wand. Die Pflegerin erzählte mir, das kleine Mädchen benehme sich ständig so, betrachte die spielenden Kinder gleichgültig, kümmerge sich um nichts. Es horche bloß auf, wenn man ihm sagt, es sei schön. Du bist schön, bread ich gitternd und traurig, und da sah ich, daß auf dem sechsjährigen Gesicht der kleinen Wärterin etwas wie ein Lächeln aufblühete.

Die alte Gesellschaft hat die unzähligen kleinen Mädchen und Knaben, die lange tranken, mit königlicher Seelenruhe verdrückt, in Statistiken eingereiht, mit ihnen wie mit Team-Unfällen und Eisenbahn-Unfällen gerechnet. Der Arbeiter ging in die Fabrik, sein Weib ging waschen, dahinter aber stieg das kleine Kind, das hungrig war und von keinem „Fräulein“, keiner „Nonne“, keiner „Mutter“ betreut wurde, auf einen Stuhl und trank Lauge, die ihm Nöhle, Gedärme, Nagen mit Brandwunden gerteil. Das übrige verlief unter „geschlichen Formen“, die Rettungsgesellschaft erzählten, es wurde ein Proletoff aufgenommen, das Kind in ein Kinderhospital gebracht, um dort nach ein- bis zweijährigen legendenhaft unzähligen Leiden zugrunde zu gehen. „Webrigens war alles in Ordnung.“

Geute dachte ich wieder an dich, häßliches Marielchen. Mein Bohn lächelt an einem der vielen neuen Budapestler

Tages-Deine für Kinder vorbei, wo auf der Steppe des Valostes glückliche Kinder saßen, in roten Kleidchen, mit roten Schürzlein, und kleine Mädchen warfen rote Bälle in die blaue Luft. Die Räte-Regierung hat binnen drei Wochen zweitausend Pfund Seife, dreitausend Körbe und ebensoviel Wästen für die Dudenpfeiler Proletarierkinder zur Verfügung gestellt. Um mich so auszudrücken, die zweitausend Pfund Seife waren jedem einzelnen der Kinder häßlich angeworfen. Alle waren sie rein, pausbädig, gepflegt, und zwischen den Däumen gingen gütige Pflegerinnen mit sanfter Sorgfalt umher. Die kleinen Menschen trugen gleich einem Juwel das Leben.

Langs betrachtete ich, traurig-heitler, vor dem Gitter stehend, wie sie auf den hellen Boden des schönen Parkes sorglos umherliefen. Ich gedachte des lächlichen Marielchens, das nicht mehr um die Freuden des Lachens und des Lächelns weiß, und daran, daß diese Kinder nicht mehr Lauge trinken und in aller Ewigkeit schön bleiben werden.

Schöne Marielchen, ihr alle, werft jauchzend eure roten Bälle bis zum Himmel hinauf!

(Aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.)

Die Privattheater wechseln munter die Häuser, als ob von Kommunalisierung oder Sozialisierung nie die Rede sein würde. Der Reinhardt-Kongern hat sich das „Berliner Theater“ gesichert, Reinhardt und Bernhardt haben sich das „Theater am Rollendorsplatz“ durch Aktienwerb für später reserviert und die „Romische Oper“ ist dieser Tage von Großkaufleuten erworben worden, um in einem Neubau später neue Theaterpläne zu verwirklichen. Die kapitalistischen Theaterherren fühlen sich ihrer Erwerbsunternehmern so sicher, daß sie jetzt sogar eine Protestversammlung gegen Sozialisierungspläne einberufen, von denen in einer Theaterkonferenz im Ministerium des Innern gesprochen worden sein soll. In ähnlicher Weise wehrt sich auch das Kinopital in Protestversammlungen gegen die Uebernahme der Kinos in städtischen Betrieb. Erst das Geschäft und dann die Kultur!

Im Opernhaus, unter den Linden, sang gestern Maria Joogün die Oda in Verdis „Rigoletto“. Die Vorstellung in ihrem köstlich verstaubten dekorativen Rahmen wurde dem italienischen Charakter des Werkes nur teilweise gerecht. Unvergleichlichen Klang aber erhielt der Abend durch die melodische Meisterleistung der Joogün, um die wie die Münchner Nationaloper

benutzen können. Nur wenige erreichen diese Höhe wirklich musikalischen Alexanderjanes. Neben dieser jungen Künstlerin war Herr Schluhner ein gefanglich und darschlich hervorragender Rigoletto und auch Herr Richter vermochte seinen Tenor den italienischen Anforderungen in gewissem Grade anzupassen. Das anderwäuliche Haus prandete begeistert in Alsdach am Sonntag gollert Jol. Joogün als Verbinetta in Alsdach Strauß' „Kriadne auf Pagan“. — Morgen, Mittwoch, findet die Uraufführung der Oper „Der Stier von Olivera“ von Eugen d'Albert unter Generalmusikdirektor Erich von den Herren Bohnen, Mann und Richter, den Damen Bohnen und Schwarz hat. Der Komponist, der die Proben geleitet wird als Pianist in einem Musiktheaterkonzert mitwirken, die Kapelle der Staatsoper am 18. November, mittags 11¼ Uhr, veranstaltet. — In dem Sinfoniekonzert der Sinfoniker Staatsoper am Freitag, den 14. d. Mts., kommt die Sinfonie von Bruckner zur Aufführung. Das Musiktheaterkonzert am selben Tage beginnt diesmal um 12¼ Uhr.

„Die Frau ohne Schatten“, das neue Werk von Richard Strauß, fand bei der Uraufführung in München nur einen Achtungserfolg.

Eine Märchenoperette brachte das „Friedrich-Wilhelmstädtische Theater“ den Kindern als Rahmittagsvorstellung. Peter und Paul reisen ins Schlaraffenland war das in Mittelbieren gesammelte Märchen, denen das zumal in mageren Zeiten nichts einwenden läßt; die Corvino zuzulassen kammen aus der Werkstatt Debars, der nur mit einem Schloß, einem Winkelzweigen und einem Steckenpferd den dem kindlichen Geschmack entgegenkam. Das Operetta der Cyrcette, die lessen Wortsch- und Taz-gebräunen sollte er sich nicht sein Abendmusik aufführen, das dafür (leider) mehr hätte hat, als die Kleinen. Diese hielten sich mit Recht an die realistischen Vorgänge auf der Bühne mit dem Sieg der braven Arbeit über den Völlgang. Das Spiel der Darsteller auf der Bühne und die Begleitung des Orchesters war zu loben.

Revolutionäre Kunst. Am Samstagabend des Opernhaus schufes Tempelhof erdütete Leo Kestenberg der revolutionären Kunst und ihre Wirkungen auf die Arbeiterklasse. Am Freitag brachte er dann meisterlich den Marsch und die Marschälle zu Gehör. Frau Jise Kallies

# Zu Haases Tode.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“  
Wien, 10. November.

Die „Arbeiterzeitung“ würdigt eingehend die Wirksamkeit Haases als Gegner der Kriegspolitik der Mehrheit und als Fraktionsvorsitzender der Unabhängigen Sozialdemokratie. In den ganzen erbitterten Kämpfen, die zur Parteipaltung führten, war Haase der unbestrittene Vorkämpfer des linken Parteiflügels, seinen Kontrast der bedeutendste Streiter gegen die Kriegspolitik der Rechtssozialisten. Diese Tatsache hat ihm eine gewaltige Stellung nicht nur vor der deutschen, sondern vor der internationalen Sozialdemokratie gegeben. Unsere französischen, englischen, italienischen Genossen gaben in ihm vor allem den Mann, der auf dem Höhepunkt der Machtstellung des deutschen Imperialismus die dreifache Grobermächtigt und die brutale Kriegsführung der deutschen Herrschaftsklassen bekämpfte, die Rechte der vom deutschen Imperialismus bedrückten Nationen tapfer verteidigt hat. Wenige deutsche Sozialdemokraten genossen in den Bruderparteien der Fremdländer gleiches Ansehen, gleiches Vertrauen wie er. Bei dem Wiederaufbau der Internationale hätte er das beste Sprachrohr leisten können. Darum ist es für das ganze internationale Proletariat ein furchtbar schwerer, in mehrfacher unersehlicher Verlust, daß er uns heute fehlt. Die große Revolution hob ihn zu Macht, aber die Gegensätze zwischen den sozialistischen Parteien waren zu groß, als daß sie hätten „nein“ regieren können. Schon im Dezember 1918 schied Haase aus der Regierung. Desto größer war die Aufgabe, die er nun innerhalb der Partei zu bewältigen hatte. Die Unabhängigen, am Ende des Krieges noch eine kleine Partei mit kleinen Organisationen und wenigen Parteiblättern, wuchsen in den Stürmen der Revolution überaus schnell. Heute hoben sie in manchen Reichsteilen, in Berlin, Sachsen, Thüringen, die Rechtssozialisten wohl schon überholt, in manchen großen Berufsverbänden schon die Mehrheit erzwungen. Aber dieses schnelle äußere Wachstum hat das innere Gefüge der Partei gelockert. Breite Massen, die der Gegenpartei gegenüber die Partei hinausgeführt. Zwischen Demokraten und Anhängern der Diktatur, zwischen Anhängern und Gegnern des Parlamentarismus, zwischen Anhängern der zweiten und Anhängern der dritten Internationale, zwischen Anhängern und Gegnern der Einigung mit den Rechtssozialisten bestehen innerhalb der Partei Gegensätze. Diese war es, die die verschiedenen Parteistellungen zusammenbrachte, die Einheit der Partei trotz aller Gegensätze in ihrem Schoße fest wahrte. Sein Tod trifft die Partei furchtbar schwer. Sie hat keinen mehr, der links und rechts gleiches Ansehen, gleiches Vertrauen genießt. Auch dem deutschösterreichischen Proletariat war Haase ein alter guter Freund. Auch das deutschösterreichische Proletariat ehrt in ihm vor allem den führenden Kämpfer des Krieges. Am Grabe des tapferen Kämpfers, des treuen Kampfgenossen senken auch wir trauernd unsere Fahnen.

## Die Gemeindevahlen in Oberösterreich.

Die Nachrichten über den Ausfall der Gemeindevahlen laufen noch immer zusammenhanglos und vereinzelt ein. Das bisherige Bild, das den harten Erfolg der Polen und den Niedergang der deutschen Parteien und die Katastrophe der Rechtssozialisten zeigt, wird allerdings nicht mehr geändert. Von Bedeutung ist nur noch, daß die Unabhängige Sozialdemokratie trotz der widrigen Verhältnisse, die wir heute mit sich selbst haben, sehr gute Erfolge erzielt hat. So wurden in Steiermark bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 1. u. 2. d. M. 112, jetzt 1912 Stimmen abgegeben. In Steiermark wurden 5 Rechtssozialisten, 1 Unabhängiger gewählt, in Tirol 2 Unabhängige, 1 polnischer Sozialdemokrat, in Vorarlberg 1 Unabhängiger, 1 Rechtssozialist, in Simianowitz 2 Unabhängige, 1 Rechtssozialist.

Nach einer Meldung über Zürich soll der Oberste Rat der

Sich sprach revolutionäre Gedichte. Einen himmelstürmenden Reden der Veranstaltung bildete der trefflich gefühlte Gesang des Berliner Schuberthorchers. Nach dem Gesang des Marsch der Arbeiter forderte der Dirigent des Chors, Hermann Weisenberg, die Anwesenden auf, sich zu Ehren des verstorbenen Genossen Haase von den Wägen zu erheben. Heftlich wurde nun ein Trauermarsch zum Gedächtnis der Opfer der Revolution.

Einen russischen Abend zur Feier des 9. November veranstaltete der Bildungsausschuß der U. S. P. Neustadt zum Gedenken an jenes revolutionäre Volk, dessen Kunst in ihren literarischen Leistungen dem Proletariat bekannt, dessen Kunst aber nur durch Werke von Nachahmern, Tschaikowsky und anderen russischen Tonkünstlern technisch und musikalisch vollendet. Früher war der russische Arbeiter, die Herr Fiedler ausgezeichneter Musikant. Den Höhepunkt des Abends bildeten die Regitationen revolutionärer Literatur der Frau Gertrud Krawtzenko Tagebuch „Unter der Krone“ mit dem russischen Symbol der Gewalttätigkeit und Sinnlosigkeit des Lebens und Tolstois Wortsprache des echten Christen mit dem russischen Vertreter der hoheitlichen Kirche machten tiefsten Eindruck auf die Hörer dank der Reiferheit der Vortragenden, nicht nur des Dramatischen der Szene, sondern das Gemaltene künstlerisch gestaltet. Eine Ballade Fuschkins schloß den russischen Abend.

Wag Klinger, der heute 62 Jahre alt ist, hat nach Meldungen noch einmal einen Schlaganfall erlitten, der ihn voraussichtlich noch längere Zeit zu künftiger Arbeit als Bühnenregisseur, Maler und Bühnenleiter kommen lassen wird.

Die U. S. P., Postdamer Straße 118, bringt in der Nummer vom 1. d. M. eine Kollektion von Louis Corinck, Karl Herrmann und dem Bühnenregisseur Kurt Edgard.

Im Berliner Theater werden in der für Mitte November geplanten Aufführung von Sigurd Jensen dreitägigen „Der Herrmann“ die Hauptrollen besetzt mit dem Regisseur und Alfred Klotz, der in der Titellinie sein

„Waldschloß“, eine Oper von Fritz Rosenfeld, hat am Sonntag, den 15. November, ihre Aufführung im Opernhaus „Deutsches Opernhaus“.

Witterten beschaffen haben, die oberösterreichischen Gemeindevahlen zu annullieren, da sie mit der Freiheit der Volksabstimmung in Widerspruch ständen.

Die Vereidigung der Reichswehr. In unserer Nachbarschaft, daß gewisse Teile der Reichswehr immer noch nicht vereidigt sind, teilt jetzt Herr Noske mit, daß es sich nur um ganz geringfügige Teile handeln könnte, die den Eid noch nicht abgelegt hätten. Er nehme daher die Sache nicht tragisch. In der Nationalversammlung hat Herr Noske anders geredet. Dort versicherte er, die gesamte Reichswehr sei vereidigt. Wir haben ihn also zum mindesten bei einer kleinen Unwahrheit erwischt.

Erklärung der Einreise nach Großbritannien. Auf eine Anfrage im Unterhaus antwortete der Unterstaatssekretär vom Auswärtigen Amt, daß im allgemeinen gemäß den Bestimmungen des Fremdenengesetzes denjenigen Personen kein Aufenthalt erteilt werden, die in den Vereinigten Königreichen Arbeit suchen möchten. Unter diesen Umständen sei es nicht im Interesse der Antragsteller gelegen, daß sie sich erst gar nicht auf den Weg nach England begeben. Nur mit Ermächtigung des Arbeitsministeriums könnten bewachte Passpässe gegeben werden.

## Der Streit der Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!

Die in den Betrieben vorgenommene Urabstimmung hat ergeben, daß die statutarische Voraussetzung für die Weiterführung des Streiks nicht mehr gegeben ist. Durch die Abstimmung ist die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen worden. Entsprechend dieser Urabstimmung hat die Fünfkörper-Kommission beschlossen: Der Streik wird für beendet erklärt. — Das genaue Zahlenmaterial über die Abstimmung wird den Kollegen noch bekannt gegeben.

In den Betrieben, in denen die Möglichkeit der sofortigen Arbeitsaufnahme besteht, können die Kollegen am Mittwoch früh die Arbeit wieder aufnehmen. Wir ersuchen alle Streikleitungen, sich mit ihren Arbeitgeberinnen bezüglich der Wiederaufnahme der Arbeit in Verbindung zu setzen.

Da uns von verschiedenen Seiten beabsichtigte und schon eingetretene Maßregelungen gemeldet werden, ersuchen wir die Obleute bzw. Streikleitungen, uns von jedem Falle der Maßregelung unter kurzer, klarer Schilderung der Sachlage schriftlich Meldung zu erstatten.

Für die Beendigung des Streiks geben wir den Kollegen folgende Richtlinien:

1. Streikleiter, die mit in Arbeit treten, haben sofort einen neuen Streikleiter wählen zu lassen; diesem Kollegen ist die grüne Karte zu übergeben.
2. Der Streikleiter hat dem Bureau nach Zimmer 9 täglich Meldung über die Zahl der in Arbeit tretenden Kollegen zu erstatten. Die Meldung muß eine namentliche und schriftliche sein (auf Liste).
3. Sämtliche Stempelstellen gelten von Montag ab als eingezogen. Die Stempelung geschieht wie früher in den Streiklokalen der einzelnen Firmen. Die dazu notwendigen Stempel sind am Sonnabend beim Kollegen Kirch, Zimmer 9, abzuholen und die alten Stempel sind dort abzugeben.

### Die Fünfkörper-Kommission.

### Das Metallfortell.

Achtung! Anwerkreise und angeschlossene Betriebe! Am Mittwoch, 12. November, findet von 10 bis 12 Uhr die Auszahlung der Streikunterstützung in folgenden Lokalen statt: Gruppe 1: Beler, Hauptstr. 90; Gruppe 2 und 3: Vellebus; Gruppe 4: Kottol, Hauptstr. 85; Gruppe 5: Kadeper, Alt-Bogojan, Ecke Mühlstraße. Mittwoch, 12. November, nachmittags 3 Uhr, Betriebsversammlung in der Hochbrauerei, Fildinstr. 2-3, an der Vellebus-Strasse. Die Streikleitung.

Deutsche Eisenwerke. Die Wiederaufnahme der Arbeit findet morgen früh um 8 Uhr statt. — Sitzung der Vertrauensleute nachmittags 3 Uhr bei Felsmuth, Köppler Straße. Die Streikleitung.

Alle u. Fensel, Wittenau. Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, Betriebsversammlung im Streiklokal.

Bergmann, Berliner Werf. Laut Beschluß der Streikleitung wird Mittwoch früh 8 Uhr die Arbeit wieder geschlossen aufgenommen.

Bergmannwerke, Rosenthal. Mittwoch, den 12. November, Wiederaufnahme der Arbeit. Die Schichtarbeiter treten wieder so ein, wie die Arbeit niedergelegt ist.

## Gewerkschaftliches.

### Zentralverband der Angestellten.

Der Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, schreibt: Unter dieser Ueberschrift erschien in der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 10. November 1918 eine Notiz, die zur Einreichung von Adressen an dort näher bezeichnete Stellen aufserderte. Die Unterzeichner des Aufsatzes sind nicht Funktionäre der Organisation. Der Zentralverband der Angestellten hat mit dieser Adressensammlung nichts zu tun.

Wir warnen ausdrücklich vor einer Befolgung der Aufforderung und lehnen eine Verantwortung für die eventl. mißbräuchliche Verwendung des ohne Billigung der Organisation gesammelten Adressenmaterials ab.

### Zum Streik in den Schuhwarenhäusern.

Die bestreikten Unternehmer haben den Schlichtungsausschuß anrufen und in einer Verhandlung, die am Sonnabend, den 8. d. Mts. stattfand, glaubten sie etwas erreichen zu können. Der Schlichtungsausschuß aber fand noch stundenlangen Verhandlungen vor einem negativen Ergebnis und wählte sich verlogen. Die Interessen des leistungsfähigen Personals werden vom Zentralverband der Angestellten in äußerster geschickter Weise wahrgenommen, wie folgt der Vertreter der Schuhfirmen, Herr Hertz, mit betrübter Miene konstatierten mußte.

In einer Versammlung am Sonnabendabend haben die Streikenden unter Vorsitz der Streikleitung, die aus 100 Mann waren, einstimmig beschlossen, das Angebot der Unternehmer, welches äußerst minimal war, abzulehnen und solange weiter zu streiken, bis die Forderungen erfüllt sind. Bei der Firma Dornhorst ist neben dem schon erwähnten Herrn Sonnenfeld noch ein Herr Horn aus dem Banisch dazu ausersuchen, Kundendienst zu leisten.

Bei Stillert ist ein Magistratsangestellter, der dort sein Gehalt bezieht und nebenbei noch Butier und Gummi-Schleifer-Geschäfte macht, tätig, und alle bekommen sie das doppelte und dreifache an Gehalt, als die Streikenden verlangen. Nach einer erfolglosen Verhandlung treten gestern noch vormittags die Knechtel der Schuhfirma Max Neukahl, Sec.

Str. 23. 20, in den Streik, bei der noch die Zimmererinnen Gehälter gezahlt werden. Nicht einmal die während des Krieges trotz des erheblichen Profites gezahlten Gehälter sind hier zurückgezahlt worden.

Arbeiter, Angestellte, als laufendes Publikum, Abt. Goldarbeit und merkt auch die Firmen: Der Schuhhof, Dornhorst, Salamander Schuh-Ges. m. b. H., R. J. Neustadt, Max Neustadt, J. Derlowitz, Carl Stillert.

## Groß-Berlin.

### Das Steuerwesen in der Gemeinde.

Der Bedarf der Gemeinde wurde bisher in der Hauptsache durch Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer gedeckt. Die Gemeinde berechnet zunächst alle Ausgaben, die sie im laufenden Jahre zu leisten hat und geht dann daran, die zumutlichen Einkommen zu kalkulieren. Größere Gemeinden haben vielfach Werke, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Nach gesunder kommunalpolitischer Auffassung sollen diese Werke in ihren Ein- und Ausgaben so stehen, daß sie keine Zuschüsse erfordern, da Zuschüsse aus allgemeinen Steuern gedeckt werden müssen. Aus diesem Grunde ist beispielsweise der Gaspreis so zu bemessen, daß die Erzeugerkosten gedeckt werden. Es wäre ungerecht, einen Teil dieser Kosten den Leuten aufzubuhlen, die kein Gas, sondern Petroleum brennen. Das würde aber geschehen, wenn die Kosten für die Gasbereitstellung nicht ausschließlich dem Gasverbraucher aufgelegt werden. An Steuern haben die Gemeinden zur Verfügung die Grund- und Gebäudesteuer, die Gewerbesteuer, Kommissionsgebühren, wozu noch Grundsteuer und die Zuschlagssteuer (Theater, Kino usw.) kommen. Die Grundsteuer wird in verschärfte Form erhoben. Nach Berechnung aller dieser Einnahmequellen tritt nun der Zuschlag zur Einkommensteuer festgesetzt. Er beträgt in den meisten Groß-Berliner Gemeinden 300 Prozent und die Räumlicher haben schon angekündigt, daß sie durch die neuerdings vermehrten Ausgaben nicht in der Lage sein werden, die nötigen Zuschläge zu decken. Nun sind 300 Prozent Zuschlag eine Höhe, die für die breiteren Schichten der Bevölkerung heute schon unerträglich ist und die meisten wissen nicht, wie sie die Summen aufbringen sollen. Ist auch den Gemeinden an die Hand gegeben worden, Einkommen bis 1500 Mark von den Zuschlägen freizulassen und bis 3000 Mark schrittweise herabzusetzen, so bleibt immerhin zu berücksichtigen, daß das Geld heute weniger wert hat wie früher und daß es dem Steuerzahler sehr schwer ankommt, von seinem Einkommen noch hohe Ausgaben zu leisten. Es ist besonders hart, wenn derjenige, der ein feines Einkommen verdienen muß, entgegen der sonstigen Praxis, das Einkommen des Vorjahres zugrunde zu legen, soweit die Gemeinde in Frage kommt, soll sie Ausgaben leisten. Das kann sie nur, wenn sie Einnahmen hat. Uebrigens ist die kleine Novelle, die eine Entlastung der niederen Einkommen vorsieht, nur für dieses Jahr bestimmt. Im kommenden Jahre gestalten sich die Dinge auf dem Gebiete der kommunalen Besteuerung anders. Die Finanzhoheit des preussischen Staates ist aufgehoben. Vom 1. Oktober ist die Einkommensteuerveranlagung auf das Reich übertragen. Nur das Reich veranlagt in Zukunft. Die sollen keine Einkommensteuer im Preußen und einen Zuschlag an die Gemeinden, sondern erlegen nur eine Reichseinkommensteuer, von deren Ergebnis Staat und Gemeinde 100 Prozent abkommen sollen. Daß bei dem Geldmangel des Reiches diese Projekte nicht allzu hoch ausfallen werden, können wir uns heute schon denken. Den Steuerzahlern wird es gleichgültig sein, wenn sie die Steuern zahlen, nicht so gleichgültig wird ihnen sein, wenn die Steuern noch höher steigen, als sie jetzt schon sind.

Für die Groß-Berliner Gemeinden wird es eine Entlastung sein, wenn das Groß-Berlin so gefördert würde, daß am 1. April 1920 ein Haushaltsplan für Groß-Berlin möglich wäre.

### Der Bau der U. S. P.-Schnellbahn.

Der Aufsichtsrat der U. S. P.-Schnellbahn U. S. P. hatte vor kurzem beschlossen, die Arbeiten für den Bau der Schnellbahn Götter-Neustadt einzustellen und den Mitteln der Gesellschaft von den mit dem Verbanne Groß-Berlin und der Stadt Berlin geschlossenen, den Bahnbau betreffenden Verträgen zu erklären. Gegen dieses Vorgehen der Gesellschaft haben der Verband Groß-Berlin und die Stadt Berlin einschiedenen Widerspruch erhoben und da die Gesellschaft ihren Standpunkt aufrecht erhalten hat, nunmehr bei dem zuständigen Gericht den Antrag einer einstweiligen Verfügung erwirkt, die der Gesellschaft ausdrücklich untersagt, die Bauarbeiten weiterzuführen. Damit ist die Gefahr umfangreicher Arbeiterentlassungen, die das Herz der Gewerbetätigen in Berlin noch weiter verheeren würden, beboben.

Ein Bankswindler, der mit gefälschten Magistratspapieren arbeitet, wurde gestern in der Friedrichstraße unheimlich gefaßt. Es ist ein 22 Jahre alter Emil Brodich aus der Straßburger Straße 34, der beim hiesigen Magistrat im Hilfsdienste beschäftigt war. Brodich erwiderte die Urkundenformulare, verließ sie mit dem Namen irgendeines Magistratsbeamten, behauptete dabei, daß er lebenslanglich beim Magistrat angestellt sei und forderte die so neugierige Behörde mit dem Namen des Magistratsbeamten Eimanowich. Zuletzt mißbrauchte er den Namen des Magistratsbeamten Max Krawatzki. Mit den gefälschten Urkunden wandte sich Brodich an Darlehensstellen und auch an große Banken von 1000 Mark und mehr mit der Begründung, daß er durch die wirtschaftlichen Verhältnisse anderer Zeit in eine vorübergehende Notlage geraten sei.

Opfer der Kälte sind zwei Männer geworden, die gestern auf dem großen Fabrikgelände in der Neuen Königstraße 10 bewußlos aufgefunden wurden. Nach ärztlichem Gutachten sind die Männer, die wahrscheinlich in den freien Räumen hielten übernachtet wollen, in der Nacht zum Montag erstorben. Sie wurden festgestellt als ein 60 Jahre alter, aus Norderhagen gebürtiger

Sieben erschienen!

## Die deutsche Arbeiter-Revolution.

Gedenkschrift über den Verlauf des ersten Revolutionsjahres 1918/19.

Preis 1 Mark.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H. Abt. Buchhandel, Schiffbauerdamm 19.

